Nummer 552

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter Handelsteil: P. Funk, Berlin. Politischer Teil: Dr. Paul Jestreich, Berlin. Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Löppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil L. V. Direktor A. Lorey, Berlin W 8. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe . 20 Pfennig. 72. Jahrgang Freitag, 26. November 1926

Politische Wetterzeichen im Fernen Osten

Gegen wen wird Singapore ausgebaut?

London, 25. November.

Reuter berichtet aus Tokio über die Stellungnahme Japans zu dem Ausbau der Singapore-Basis: Von verschiedenen führenden japanischen Persönlichkeiten wird darauf hingewiesen, daß die britische Regierung zwar in Abrede stelle, daß die neue Flottenbasis gegen Japan gerichtet sei, aber nicht erkläre, weshalb ihr Ausbau notwendig sei. Außer Japan seien aber die einzigen möglichen Feinde Großbritanniens im Fernen Osten Frankreich, die Niederlande und die Vereinigten Staaten. Die Flottenstreitkräfte der ersten beiden dieser Staaten im Stillen Ozean erforderten aber keine Stationierung von Großkampfschiffen als Vorsichtsmaßnahmen, und ein Krieg zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten sei undenkbar. So bleibe die Notwendigkeit einer Station für Großkampfschiffe unbegründet.

*

Auf den ersten Blick erscheint es überraschend, daß das offiziöse englische Reuter-Bureau, also das Organ der Londoner Regierung, es nötig findet, der ganzen Welt die japanische Ansicht bekannt zu geben, daß der Ausbau des englischen Flottenstützpunkts Singapore nur gegen Japan gerichtet sein könne. Denn wenn diese Meinung zuträfe, so hätte die englische Regierung doch kein Interesse daran, sich zu dieser Provokation Japans zu bekennen, was sie bisher auch immer strikt vermieden hat. Und wenn sie nicht zuträfe, so brauchte man sie nicht widerspruchslos weiterzuverbreiten.

Uns scheint diese Reuternotiz deshalb wieder ein Symptom dafür zu sein, daß das Mißtrauen zwischen Washington und London wegen der Flottenrivalität immer größer wird und daß die britische Regierung die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten beeinflussen möchte durch das japanische Zeugnis, wonach die britischen Flottenrüstungen im Stillen Ozean nur gegen Japan gerichtet sein könnten und ein Krieg zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten undenkbar sei.

Die Marinesachverständigen in Washington und die nordamerikanischen Außenpolitiker werden sich jedoch unseres Erachtens durch solche Reutermeldungen aus Tokio nicht beeinflussen lassen. Aus ihrer ganzen Politik ist zu ersehen, daß sie als das für sie gefährlichste Krisenzentrum der nächsten Zukunft den Stillen Ozean ansehen. Dr. O.

Neubauten der holländischen Kriegsmarine für Ostasien.

Haag, 25. November.

Die Zweite Kammer hat heute nachmittag den Marinehaushaltsvoranschlag, der u. a. den Bau von zwei modernen Torpedobootsjägern für Niederländisch-Indien und eines neuen Unterseebootes für die Küstenbewachung Hollands vorsieht, mit 48 gegen 20 Stimmen angenommen. Gegen den Vorschlag stimmten die Sozialdemokraten und die Vertreter einiger kleinerer Parteien.

Außerordentliche Kabinettssitzungen in Angora über die Odessa-Verhandlungen.

London, 26. November.

„Westminster Gazette" berichtet aus Angora, seit der Rückkehr des türkischen Ministers des Äußeren aus Odessa hätten verschiedene außerordentliche Kabinettssitzungen unter dem Vorsitz Mustafa Kemals stattgefunden, um die durch Tschitscherin dem türkischen Minister des Äußeren gemachten Vorschläge zu erörtern. Die türkische Regierung versuche weiterhin, die Tür für den Eintritt der Türkei in den Völkerbund offenzuhalten, bevor sie sich durch östliche Bündnisse zu sehr binde. Die Frage eines offiziellen türkischen Antrages auf einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat werde vom türkischen Parlament in einer Geheimsitzung erörtert werden. Der türkische Minister des Äußeren werde dann die Politik der Regierung darlegen und einen Bericht über seine Unterredung mit Tschitscherin geben. Der Sowjetbotschafter Suritsch habe eine dringende Aufforderung erhalten, sich sofort nach Angora zu begeben.

Polens Ostpolitik.

Pilsudskis Wilnaer Reise. — Verhandlungen mit den Weißrussen.

TU Warschau, 25. November.

Gegenüber den heute in der Presse verbreiteten Meldungen, daß die Reise Pilsudskis nach Wilna auf die Einleitung von Verhandlungen mit Litauen zurückzuführen ist, wird an Warschauer zuständiger Stelle betont, daß diese Version völlig unzutreffend ist. Von irgendwelchen Verhandlungen mit Litauen könne, was Polen betrifft, zur Zeit keine Rede sein. Die Reise soll vielmehr mit der in der letzten Zeit überhaupt genommenen Ausdehnung der weißrussischen Bewegung in Wilna in Verbindung stehen, die in anbetracht der oppositionellen Stellung der Weißrussen gegenüber der Regierung sehr gefährlich zu werden droht. Pilsudski beabsichtigt, eine Konferenz der führenden Politiker der weißrussischen Minderheit einzuberufen, um mit ihnen Verhandlungen anzuknüpfen.

Wie denkt Briand wirklich über die Thoiry-Konsequenzen?

Die Unterredung Briands mit Herrn von Hoesch.

TU Paris, 26. November.

Das „Journal" will wissen, daß Briand in der Unterredung am Mittwoch dem deutschen Botschafter, Herrn von Hoesch, nicht verheimlicht habe, daß Frankreich die von Dr. Stresemann zum Reichstag entwickelte Ansicht über die Entwaffnungs- und Investigationsfrage, sowie über die Unvereinbarkeit der Locarno-Verträge mit der Rheinlandbesetzung unannehmbar sei. Allein die Botschafterkonferenz könne die interalliierte Kontrolle beenden, wenn die noch schwebenden Streitfragen geregelt seien. Die Entwaffnung Deutschlands sei durch den Friedensvertrag geregelt und unabhängig von dem Rüstungsstand der anderen Nationen.

*

Diese Angaben des „Journals", die Briand eine der Stresemannschen Ansicht über Thoiry genau entgegengesetzte Meinung nachsagen, lauten so bestimmt, daß das Berliner Auswärtige Amt auf die Dauer nicht wird darum herumkommen können, die deutsche Oeffentlichkeit über das, was Briand Herrn von Hoesch gesagt hat, wahrheitsgemäß aufzuklären. In Kreisen, die unseren führenden Außenpolitikern näherstehen als wir, bleibt man dabei, daß nur die nationalistische Presse in Frankreich gegenwärtig eine systematische Hetze in der Frage der Entwaffnung und der Militärkontrolle und der Räumung des besetzten Gebietes betreibe, und daß trotzdem eine baldige befriedigende Erledigung der Entwaffnungsfrage als sicher betrachtet werden könne.

Wie bereits gemeldet, trifft der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Edward Drummond, am Montag in Berlin ein. Es handelt sich bei seinem Besuch lediglich um Fragen der Tagesordnung für die bevorstehende Dezembersitzung des Völkerbundes. Eine definitive Entscheidung, ob der Reichsaußenminister sich nach Genf begeben wird, ist bisher noch nicht gefallen. Es hängt das einmal davon ab, ob Briand und Chamberlain dort erscheinen und zum anderen spielt dabei auch eine Rolle die Frage, ob die nächste, für den März des kommenden Jahres vorgesehene Sitzung in Berlin stattfindet. Sollte das der Fall sein, so dürfte Deutschland für die Dezembersitzung auf den ihm zustehenden Vorsitz für die Tagung verzichten, um ihn auf der späteren Berliner Tagung zu führen.

TU Paris, 25. November.

Die Pariser Abendpresse beschäftigt sich immer noch lebhaft mit dem Besuch des deutschen Botschafters bei Briand. Der „Intransigeant" erklärt, daß Herr v. Hoesch sich mit seinem Besuch allzusehr beeilt hätte, da er Briand nicht einmal ausreichend Zeit gelassen hätte, die Rede Stresemanns durchzulesen. Der „Temps" fügt hinzu, daß man die Unzeitgemäßheit der deutschen Regierung verstehen könne, wenn man die Stimmung jenseits des Rheines sich vergegenwärtige. Die Reichsregierung scheine nicht davor zurückzuscheuen, ihre Verpflichtungen in einem für die Alliierten unannehmbaren Sinne auszulegen. Die Regierung Marx hätte tatsächlich mit ernstlichen innerlichen Schwierigkeiten zu rechnen. Sie könne aber nicht von den Alliierten verlangen, daß sie dem Rechnung trügen und ihre gerechtfertigten Anforderungen ihr zum Opfer brächten. Immerhin bestünde noch die Hoffnung, daß die direkten Verhandlungen mit Paris und Berlin zu Ergebnissen führen würden, obgleich die zur Verhandlung stehenden Streitfragen keineswegs nebensächlicher Natur seien, wie von deutscher Seite behauptet würde. Wenn die Uebereinstimmung erzielt worden sei, so wäre es an Deutschland, die Beschlüsse der Militärkontrollkommission durchzuführen. Der Zeitraum hierfür würde von dem guten Willen und von dem Eifer Deutschlands abhängen. Es erscheine jedoch völlig ausgeschlossen, daß die Kontrolle bereits in diesem Jahre ihr Ende finden könne. Erst in Genf werde man feststellen können, ob alle Streitfragen befriedigend gelöst seien. Zum Schluß seiner Ausführungen hebt der „Temps" hervor, daß der Uebergang der Kontrolle von der Militärkommission an den Völkerbund ohne jede Unterbrechung vor sich gehen müßte.

Die „Ere Nouvelle" stellt fest, daß die französische öffentliche Meinung durch die Rede beunruhigt sei. Das pazifistische und großzügige Frankreich wolle nicht auf unrechtmäßige Weise auch nur einen Zoll deutschen Bodens besetzt halten. Es verfolge keinerlei Eroberungsabsichten, und es habe auch nicht den Hintergedanken einer verschleierten Annexion. Es wolle nur das, was ihm zustehe. Stresemann sei interessiert an dem Tempo der Räumung. Frankreich sei interessiert an dem Preise, den das Deutsche Reich dafür zahlen wolle. Das Reich sei Frankreichs Schuldner.

Das Rheinland sei jetzt die einzige Hypothek, die Frankreich auf dem Eigentum seines Schuldners besitze.

Man wolle diese Hypothek freigeben. Aber nur gegen eine Bürgschaft von gleichem Werte. Opfer bringen, ja, aber gegenseitige Opfer! Es sei notwendig, daß Stresemann begreife, daß dies das einmütige Gefühl der Franzosen sei.

Eine englische Stimme gegen die Militärkontrolle.

London, 26. November.

J. A. Spender spricht in einem Leitartikel der „Westminster Gazette" die Hoffnung aus, daß die britische Regierung das Ersuchen Stresemanns um möglichst baldige Zurückziehung der Interalliierten Kontrollkommission unterstützen werde.

Keine Aufhebung der Militärkontrolle in Bulgarien.

TU Sofia, 26. November.

Vor einigen Monaten hatte sich die bulgarische Regierung an die Botschafterkonferenz mit der Bitte um Aufhebung der Militärkontrolle gewandt. Nunmehr hat die Botschafterkonferenz dahin entschieden, daß eine Aufhebung der Militärkontrolle nicht in Frage kommen könne. Außerdem hat die Botschafterkonferenz die bulgarische Regierung aufgefordert, eine weitere Reduzierung der bulgarischen Armee durchzuführen. Die Presse nimmt diese Nachricht mit dem größten Unwillen auf.

Der Krieg und die wirtschaftliche Blüte Amerikas.

Der amerikanische Botschafter Schurmann über die Kriegsschulden.

Berlin, 26. November.

Der amerikanische Botschafter in Berlin Schurmann, der soeben aus Amerika zurückgekehrt ist, erklärte, auf dem anläßlich des Thanksgiving Day von der amerikanischen Kolonie in Berlin veranstalteten Essen, daß die von Europa den Vereinigten Staaten geschuldeten Kriegsschuldenbeträge in Wirklichkeit von den Amerikanern bezahlt würden, die Reisen nach Europa unternehmen. Diese Reisenden, führte er weiter aus, lassen jährlich etwa eine Milliarde Dollar in Europa. Außerdem ist Amerika bereit, sich bei der Bezahlung der Kriegsschulden mit einem Betrage zu begnügen, der nur 60 Prozent der ursprünglich geschuldeten Summe beträgt. Das bedeutet, daß Amerika von den 11½ Milliarden Dollar, die es Europa geliehen hat, nur sieben Milliarden Dollar zurückverlangt. Wenn Europa sich diese Tatsachen vergegenwärtige, so werde es, meinte der Botschafter, in der Schuldenfrage eine andere Haltung einnehmen. Der Botschafter wandte sich gegen den Gedanken, als sei der Krieg die Ursache der wirtschaftlichen Blüte in Amerika gewesen. „Der Krieg," sagte er, „bereichert kein Volk, sondern verarmt es." Die Regierung der Vereinigten Staaten allein habe 50 Milliarden Dollar verloren. Für die Amerika jedoch weder Reparationen noch Gebietserweiterungen gefordert habe. Die wirtschaftliche Blüte Amerikas sei u. a. wesentlich auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Amerikaner mit Einschluß der wohlhabenden Kreise angestrengter arbeiteten, als irgendein Volk sonst, mit Ausnahme der Chinesen und der Hindus. Ebenso fördere die ausgezeichnete Organisation der Industrie das wirtschaftliche Gedeihen.

Weiteres Anwachsen von Arbeitswilligen im englischen Bergbau.

TU London, 26. November.

Die Delegiertenkonferenz der Bergarbeitergewerkschaften tritt heute zur Entgegennahme der Berichte über das Ergebnis der Verhandlungen in den Bezirken zusammen. Nach Meldungen aus Glasgow ist der Frieden in den Grubenbezirken, fast ganz Schottlands gesichert. Nach viertägigen Verhandlungen teilte das Verhandlungskomitee mit, daß ein Abkommen zustande gekommen sei, das

einen Achtstundentag

mit einem Minimallohn von 9 sh. 4 d. pro Arbeitstag für die Dauer von sechs Monaten vorsieht. In Cumberland sind bisher nur die Grundlagen für ein Abkommen festgelegt worden, die Entscheidung in der wichtigen Frage der Wiedereinstellung der Bergarbeiter steht aber noch aus. In Südwales hat gestern eine Delegiertenkonferenz beschlossen, am kommenden Montag eine Abstimmung darüber stattfinden zu lassen, ob dem Exekutivrat Vollmachten zum Abschluß eines Abkommens mit den Grubenbesitzern gegeben werden sollen. Die Zahl der zur Arbeit zurückgekehrten Bergleute erhöhte sich gestern um weitere 7000. Damit ist die Gesamtzahl der Arbeitswilligen auf 428 488 gestiegen.

— **Polen will die schwedische Zündholzkonzession annullieren.** Im Zusammenhang mit dem Einschreiten der Staatsanwaltschaft in der Angelegenheit der Verpachtung des polnischen Streichholzmonopols durch Grabski an ein schwedisches Konsortium, verlautet, daß die polnische Regierung die Absicht habe, den von Grabski abgeschlossenen Vertrag als ungesetzlich zu annullieren.

Neue Kommunisten-Gefahr in Bulgarien.

Von unserem Korrespondenten.

Sofia, 24. November.

In Bulgarien gehen wieder schwere Ereignisse vor sich, die in vielem an die heißen Tage erinnern, die dem Sturze Stambolijskis vorangingen. Noch hat Ministerpräsident Ljaptscheff die Macht in Händen, ob er sie aber auch fest in Händen hält, ist eine andere Frage. Auch Stambolijski hatte geglaubt, auf die Bajonette der Bauern und Kommunisten gestützt, gefeit zu sein gegen jeden Untergang, und doch konnte Professor Zankoff, ein Mann der Wissenschaft, mit Hilfe der mazedonischen Organisationen Stambolijski, den Exponenten Moskaus, gefangennehmen und beseitigen lassen, konnte die Mitglieder der Regierung des Bauernführers verhaften und mit den Kommunisten blutige Abrechnung halten. Damals hatten die mazedonischen Organisationen gesiegt, die Gegner des Friedens mit Jugoslawien, die Gegner des Friedens mit Griechenland, die Anhänger der Ausdehnung der mazedonischen Bewegung von Bulgarien auf alle Gebiete, wo Mazedonier leben.

Nach Beendigung des Balkankrieges, im Juni 1913, strömten vom rumänischen Norden, von der östlichen Türkei und dem westlichen Serbien Truppen auf bulgarisches Gebiet und eroberten, was im Kriege gegen die Türkei erobert worden war. In unseren Tagen hatte sich beinahe das Spiel von 1913 wiederholt, nur wären an Stelle der Türken die Griechen auf bulgarisches Gebiet marschiert. Noch im letzten Augenblick wich Bulgarien dem vereinten Druck seiner drei Nachbarstaaten und erklärte sich bereit, im eigenen Wirkungskreis alles zu tun, um die Bandenkämpfe gegen die beunruhigten Nachbarn einzudämmen. Im eigenen Wirkungskreis — dieser Vorbehalt der bulgarischen Regierung schien den Regierungen von Bukarest, Sofia und Belgrad allzu liberal, doch da sich die Bandenkämpfe in den letzten Monaten in einem größeren Umfang tatsächlich nicht wiederholten, wurde der Friede auf dem Balkan nicht gestört.

Nun droht aber Bulgarien nicht von den äußeren, sondern von den inneren Feinden wieder Gefahr. Was eigentlich vorgeht, ist noch nicht ganz klar zu ersehen. So wie die Verhältnisse heute liegen, scheint es sich um einen neuerlichen Aufwand der ehemaligen Anhänger des Ministerpräsidenten Stambolijski zu handeln, die sich, dreieinhalb Jahre nach den blutigen Ereignissen, rächen wollen. Ist wieder, wie damals, Rußland im Spiel? Kaum, denn der rollende Rubel wurde in den letzten Monaten in großen Mengen nach England zu den Bergarbeitern gesendet und es ist kaum wahrscheinlich, daß Rußland zwei Aktionen zu gleicher Zeit durchführt, umsoweniger heute, wo ja nach der Konferenz von Odessa Tschitscherin an einem unruhigen Balkan und an einer erfolgreichen sowjetistischen Propaganda kaum nennenswertes Interesse haben dürfte. Zankoff hatte wohl mit den Agrarkommunisten abgerechnet, blutige Rache gehalten für die Verwirklichung des agrarkommunistischen Programmes, aber alle Kommunisten konnte auch er nicht ausrotten. Unter Zankoff war wohl jede kommunistische Bewegung im Keime unterdrückt worden, die Riesenprozesse gegen die Anhänger Stambolijskis, die Massenhinrichtungen und die schweren Zuchthausstrafen nahmen auch vielen den Mut, sich offen zu den verbotenen politischen Ansichten zu bekennen. Aber auch das System der harten Faust Zankoffs blieb nicht haltbar und der gegenwärtige Ministerpräsident Ljaptscheff wurde eben als Demokrat vom König mit der Aufgabe betraut, die schweren Gegensätze zwischen den einzelnen bulgarischen Parteien auszugleichen und dafür Sorge zu tragen, daß der innere Friede wieder hergestellt werde. Ljaptscheff kam der Aufforderung nach und lockerte den Druck, der unter seinem Vorgänger Zankoff auf den Anhängern des vertriebenen Regimes Stambolijski lag. Haben nun die Agrarkommunisten diese Besserung ihrer Verhältnisse mißdeutet, glauben sie, Ljaptscheff meine es mit ihnen nicht ehrlich und er sei nur zu schwach, um ihnen gegenüber

Wieder ein Tornado in Amerika.

Littlerock (Arkansas), 26. November.

In den Staaten Arkansas und Missouri hat ein Tornado großen Schaden angerichtet. Es wurden über 30 Personen getötet und 50 verletzt.

New-York, 26. November.

Der Tornado, der gestern abend während der aus Anlaß des Danksagungstages stattfindenden Festlichkeiten in den Staaten Arkansas und Missouri wütete, suchte zahlreiche Städte und kleinere Orte heim. Nach den zuletzt eingegangenen Nachrichten sollen 60 Personen getötet und rund 150 verletzt worden sein. Im Staat Arkansas wurden bisher 29 Tote und 50 Verletzte festgestellt. Die meisten Opfer an Menschenleben scheinen in Hebersprings in der Grafschaft Cleburne zu beklagen sein, wo die Zahl der Toten auf 30 und die der Verletzten auf 50 geschätzt wird. Etwa ein Dutzend Häuser wurde dem Erdboden gleichgemacht. Die Straßen sind mit Trümmern versperrt. Mehrere Häuser geraten in Brand, wodurch die durch den Tornado hervorgerufene Panik noch erhöht wurde. In Brandsville im Staate Missouri wurden drei Personen getötet und 20 verletzt. Die Kirche und fast alle Handelsgebäude wurden zerstört.